

WIFO

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

 **VORTRÄGE • LECTURES**

Reformstau in Österreich

Karl Aiginger

Reformstau in Österreich

Karl Aiginger

WIFO-Vorträge, Nr. 113

E-Mail-Adresse: Karl.Aiginger@wifo.ac.at

2011/254/V/0

© 2011 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
Medieninhaber (Verleger), Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung •
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (43 1) 798 26 01-0 • Fax (43 1) 798 93 86 •
<http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Kostenloser Download:

http://www.wifo.ac.at/wwwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=42852&typeid=8&display_mode=2

Karl Aiginger*

Reformstau in Österreich

Abstract

Österreich ist in den letzten zehn Jahren schwächer gewachsen als in den achtziger und neunziger Jahren, aber deutlich schneller als Westeuropa und Deutschland und hat auch die Finanzkrise besser bewältigt als die meisten anderen europäischen Länder. Dennoch sind die Herausforderungen der veränderten Rahmenbedingungen für Österreich größer, u.a. weil Österreich nun ein Spitzenland bei den Einkommen ist, Technologie und Bildungssystem diesen Veränderungen aber noch nicht Rechnung getragen haben. Das Projekt Europa ist durch die hohen Schulden in einigen südlichen Ländern (aber auch Belgien und Frankreich) gefährdet, die EU2020-Strategie eines höheren, aber auch inklusiveren und ökologischen Wachstumspfades wird vernachlässigt. Es werden 15 Reformschwerpunkte genannt – vorwiegend im wirtschaftlichen Bereich –, die es ermöglichen würden, dass Österreich auch weiterhin bei steigendem Lebensstandard international wettbewerbsfähig ist. Die Durchsetzung dieser Reformen bedarf in der bevorstehenden langen Konsolidierungsperiode der öffentlichen Budgets eines mutigen politischen Reformwillens und der konsequenten Durchforstung der bisherigen Ausgaben.

1. Österreich: ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort – Zehnjahresbilanz 2000 bis 2010

Die österreichische Wirtschaft ist in den letzten zehn Jahren real um 1,5% p.a. gewachsen. Dies war zwar gegenüber den vorherigen Jahrzehnten eine deutliche Abschwächung (1990/2000 +2,5%), aber angesichts der schweren Wirtschaftskrise ein beachtliches Resultat. Die europäische Wirtschaft ist nur um 1,1% gewachsen, Deutschland gar nur um 0,9%. Kumuliert über die zehn Jahre ergibt das einen Wachstumsvorsprung Österreichs von 5% bzw. 7%. Das österreichische Wachstum kam damit fast an das US-amerikanische heran und festigte Österreichs Position unter den fünf Ländern mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen in Europa.

Motor der positiven Entwicklung war das hohe Wachstum der Exporte (+3,8%). Da die Importe schwächer zunahmen, konnte das Leistungsbilanzdefizit, das 2000 noch 1,5 Mrd. € betrug, in einen Überschuss von 10,5 Mrd. € oder 3% der Wirtschaftsleistung (2010) "umgedreht" werden. Erfolge in den zentral- und osteuropäischen Ländern waren hier wichtig, aber auch Exporte in

* Der Autor dankt Jürgen Janger, Hans Pitlik, Andreas Reinstaller, Margit Schratzenstaller und Gunther Tichy für Kritik und Ergänzungen, sowie Dagmar Guttmann für die wissenschaftliche Assistenz. Die Arbeit wurde vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung beauftragt.

die USA und in die asiatischen Länder. Die hohen Direktinvestitionen österreichischer Firmen im Ausland haben Exporte nicht ersetzt, sondern verstärkt.

Der Konsum war ein Stabilisator, mit einem Wachstum von durchschnittlich 1,3%, allerdings war der Anstieg ein Drittel niedriger als in den neunziger Jahren. Die verfügbaren Einkommen sind stärker gestiegen, die Sparquote wurde durch die höhere Unsicherheit und auch den stärkeren Anstieg der höheren Einkommen angehoben. Die Lohnquote ist von 72% (2000) auf 70% (2010) gesunken.

Die Enttäuschung der Bilanz sind die Investitionen. Sie liegen absolut und preisbereinigt 2010 niedriger als 2000. Das Basisjahr war zwar ein gutes Investitionsjahr, doch bleibt der Ausfall der Investitionen bestehen, auch wenn man ein anderes Basisjahr nimmt. Steigender Cash-Flow und stabile Eigenkapitalquoten konnten die Stagnation nicht verhindern. Die Investitionen waren in Österreich traditionell höher als in anderen Ländern, besonders die Bauinvestitionen. Ein Teil des Cash-Flows wurde für Internationalisierung verwendet, ein weiterer für Investitionen in Innovation und Weiterbildung. Auch die Dividenden wurden kräftig erhöht. Für ein höheres Wachstum im nächsten Jahrzehnt ist ein Anstieg der Investitionen erforderlich. Exporte können nicht mehr so stark erhöht werden, da einige europäische Länder ihre Struktur- und Budgetprobleme überwinden müssen und osteuropäische Märkte zwar rascher wachsen als westeuropäische, aber wahrscheinlich nicht so stark wie bisher. Das Marktwachstum im Schwarzmeerraum, in arabischen Ländern und in dynamischen Märkten wie Indien und China muss stärker genutzt werden.

Übersicht 1: Export trägt Wachstum

	1991/2000	2001/2010
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,5
Sachgütererzeugung	2,6	1,7
Private Konsumausgaben	1,9	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	2,7	-0,3
Warenexporte	7,1	3,8
Warenimporte	5,6	3,2
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	-2,3	2,5

Q: WIFO, Dezember 2010.

Die Arbeitslosenquote nach österreichischer Definition ist 2010 (6,9%) gegenüber dem Krisenhöhepunkt wieder zurückgegangen, liegt aber noch höher als 2000 (5,8%). Das für 2011 bis 2015 zu erwartende Wachstum wird nicht ausreichen, sie wieder in Richtung 5% zu senken, eher ist eine Verfestigung in der Gegend von 6% zu erwarten (nationale Zählung, nach EU-Berechnung liegt sie bei 4%). Die Beschäftigung ist zwischen 2000 und 2010 um kumuliert 8%

gewachsen, das sind 230.000 Personen. Der Anstieg bei Inländern ist niedriger (hat sich aber gegen die neunziger Jahre leicht beschleunigt), weil starke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt gekommen sind, der Anstieg der Ausländer um 40% ist etwas niedriger als zwischen 1990 und 2000. Nunmehr sind 450.000 ausländische ArbeitnehmerInnen in Österreich. Teilzeitbeschäftigung und befristete Arbeitsverhältnisse steigen, in der Mehrzahl wollen die Teilzeitbeschäftigten keine Vollzeitstelle (teilweise bedingt durch fehlende oder unbefriedigende Betreuungsmöglichkeiten). In Österreich ist das inländische Erwerbspotenzial weniger ausgeschöpft als in den skandinavischen Ländern, teils durch längere Berufsunterbrechungen, teils durch frühe Pensionierung, geringe Weiterbildung und fehlende Karriereplanung in den Betrieben.

Übersicht 2: Wachstumsvorsprung gegenüber EU hält an (BIP-Wachstum p.a.)

	1991/2000	2001/2010
Welt	3,2	3,6
China	10,4	10,5
USA	3,4	1,6
Japan	1,2	0,7
EU 27	2,2	1,3
Neue Mitgliedsländer ¹⁾	1,1	3,5
Euro-Raum 16	2,2	1,1
Deutschland	1,9	0,9
Österreich	2,5	1,5
Österreich vs. Euro-Raum 16	0,3	0,4
Österreich vs. Deutschland	0,6	0,6

¹⁾ Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn.
Q: WIFO, Dezember 2010.

2. Krisenbewältigung und Belastungen

Österreich hat die Wirtschaftskrise 2009 besser bewältigt als andere europäische Länder, allerdings hat Europa selbst einen tieferen Einbruch als die USA erlitten. Misst man den Rückgang der Wirtschaftsleistung an vier Indikatoren (Rückgang des BIP 2009, größter Quartalsverlust, Dynamik inklusive den Jahren vor und nach der Krise, Trendveränderung), so liegt Österreich an 14. Stelle unter 37 industrialisierten Ländern. Innerhalb der EU befindet sich Österreich damit unter den Top 5. Polen hatte keinen Rückgang der Wirtschaftsleistung, Frankreich, Belgien und die Niederlande einen geringeren als Österreich. Noch besser ist die Performance Österreichs am Arbeitsmarkt; die Beschäftigung liegt 2010 wieder höher als

2008, Umschulung, Kurzarbeit und die staatlichen Konjunkturprogramme (inkl. Steuersenkung 2008) konnten die Krise auf dem Arbeitsmarkt abmildern.

Die staatlichen Defizite sind durch die Stabilisierungsprogramme stark gestiegen, allerdings waren auch vorher keine Überschüsse erzielt worden. Ohne Gegensteuern wäre die Verschuldung des Gesamtstaates in Richtung 80% der Wirtschaftsleistung gestiegen. Ein Konsolidierungspaket wurde notwendig und wird das Defizit bis 2014 auf 2,2% begrenzen und die Schuldenquote bei gut 72% stabilisieren. Werden die außerbudgetären Schulden dazu gezählt (Krankenanstalten-Betriebsgesellschaften, ASFINAG, ÖBB-Infrastruktur), könnte dieser Wert bei fast 80% des BIP liegen.

Die Ausgaben für Zukunftsinvestitionen (in Abbildung 1 definiert als Ausgaben für Forschung, Bildung, Telekommunikation) sind in Österreich im letzten Jahrzehnt gestiegen und erreichen 2008 rund 14% des BIP. Dies ist ein Wert, der höher liegt als im EU-15-Schnitt, aber deutlich unter dem Wert der vorbildlichen skandinavischen Länder.

Übersicht 3: Budget: Vergangenheit vs. Zukunft

	2015	2010/2015	
	Anteil an der Gesamtsumme in %	Prozentpunkte	% p.a.
Anteil von Bildung und Forschung	16,2	-0,6	1,2
Wirtschaft Infrastruktur Umwelt	11,5	-1,4	0,4
Pensionen	27,4	2,0	3,9
Zinsen	12,6	4,1	10,7
Summe Zukunft	27,7	-2,0	0,8
Summe Vergangenheit	40,0	6,1	5,8

Q: Rechnungshof.

Die Ausgangslage für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist somit schwierig, aber eher günstiger als in den meisten anderen Ländern, vielleicht mit Ausnahme der skandinavischen Länder.

- Das Budgetdefizit und die Staatsverschuldung sind hoch, aber geringer als im EU-Schnitt.
- Die Arbeitslosenquote ist höher als 2000 und 2008, aber - nach EU-Definition - niedriger als in den meisten anderen Ländern ("Top 3").
- Die Ausgaben für Forschung sind deutlich entfernt vom 3%-Ziel für 2010 und sehr weit weg vom in der EU2020-Strategie festgeschriebenen 4%-Ziel für 2020; der Sprung zwischen 2000 und 2010 von 1,9% auf 2,8% des BIP ist aber beachtlich. Schlechter schaut es bei den Ausgaben für Grundlagenforschung, Universitäten und für Bildung aus.

Übersicht 4: Arbeitslosigkeit, Budgetdefizit, Schuldenstand, Zukunftsinvestitionen 2000 und 2010

	Österreich		EU 15		EU 27	
	2000	2010	2000	2010	2000	2010
Arbeitslosenquote ¹⁾	3,6	4,4	7,7	9,5	8,7	9,6
Beschäftigungsquote	67,9	71,7	63,2	65,9	62,1	64,6
Budgetdefizit in % des BIP	-1,9	-4,6	0,8	-6,4	0,6	-6,4
Schuldenstand in % des BIP	66,5	72,3	63,2	82,9	61,8	80,2
Staatseinnahmenquote	50,3	48,3	45,7	44,4	45,4	44,0
Abgabenquote	43,3	42,3	41,1	39,2	40,7	38,7
Ausgaben für F&E in % des BIP ²⁾	1,94	2,78	1,91	1,99	1,85	1,90
Ausgaben für Bildung in % des BIP ³⁾	5,74	5,74	4,98	4,83	4,88	4,96

¹⁾ Lt. Eurostat. - ²⁾ 2008 für die EU bzw. 2009 für Österreich. - ³⁾ 2007.
Q: WIFO, Dezember 2010; Eurostat (AMECO).

Die ab 2011 einsetzende Budgetkonsolidierung lässt gemeinsam mit dem relativ guten Wachstum 2010/11 die gesetzten Budgetziele erreichbar erscheinen; die Abgabenquote liegt allerdings höher als vor der Krise; die Staatsausgabenquote deutlich über 50% und somit deutlich über dem europäischen Durchschnitt.

Der Wermutstropfen bei der Budgetkonsolidierung liegt darin, dass die wichtigen Ausgaben für Forschung, Bildung, Umwelt gegenüber dem bisher geplanten Expansionspfad besonders stark gekürzt werden. Da die Konsolidierung wahrscheinlich ein volles Jahrzehnt anhalten wird, ist die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs dadurch gefährdet.

3. Neue Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen aller europäischen Länder haben sich schon vor der Finanzkrise durch technologische Trends, Globalisierung, Alterung und den Klimawandel geändert. Österreich ist von den sich ändernden Rahmenbedingungen in besonders hohem Maße betroffen. Die Ursachen dafür liegen teilweise in den vergangenen Erfolgen (Österreich ist nun eines der reichsten Länder der Welt), teilweise in der neuen Geografie (der Osten und Südosten ist nun offen und das "erweiterte" Europa inklusive Nachbarländer wächst rascher als die USA). Österreich tendiert weiters zu nationalen Lösungen, die von homogenen Einheiten und Präferenzen ausgingen und in der neuen Offenheit und Vielfalt nicht mehr möglich sind. Nicht genug kann betont werden, dass die Chancen, die mit den tiefgreifenden Veränderungen verbunden sind, größer sind als die Risiken. Entscheidend ist allerdings, dass Unternehmen, ArbeitnehmerInnen und die Wirtschaftspolitik richtig reagieren: nicht alte Strukturen bedingungslos zu verteidigen, sondern die neuen Rahmenbedingungen zu gestalten.

3.1 *Vom Technologienehmer zum Technologiegeber*

Österreich kann auf Grund seiner Einkommensposition keinen Preiswettbewerb bei undifferenzierten Produkten gewinnen. Wir müssen uns auf hochwertige Produkte spezialisieren und zumindest in Nischen eine Technologieführerschaft anstreben.

Österreich war lange ein Technologienehmer: Technologien wurden über Maschinen und Management durch multinationale Unternehmen importiert. Dabei profitierte man davon, dass die Löhne niedriger waren als in der deutschen Wirtschaft. Die Bildungsstruktur (hoher Anteil auf Sekundärstufe, geringe Akademikerdichte, Defizite im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich) spiegelt noch die alten Stärken wider.

Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit eines Landes mit hohem Pro-Kopf-Einkommen wird bestimmt von Innovation, Aus- und Weiterbildung und moderner Infrastruktur (*Reinstaller – Unterlass, 2011*). Trotz aller Anstrengungen der vergangenen zehn Jahre hat Österreich die Umorientierung vom Aufholprozess zur Spitzenposition (Frontier-Position) im Innovationssystem, im Bildungssektor und in der Infrastruktur noch nicht vollzogen.

3.2 *Änderung in der Unternehmenslandschaft*

Österreichs Unternehmen wurden als Weltmeister in bestehenden Strukturen bezeichnet. Gute Umsätze und hohe Qualität gab es vorwiegend in traditionellen, langsam wachsenden Industrien, weniger in technologischen Industrien und in technologie- oder beratungsintensiven Dienstleistungen. Österreich hat wenige technologieintensive Großunternehmen.

Österreichs EU-Beitritt, die Ostöffnung und die Erweiterung der EU, die Privatisierung der Verstaatlichten Industrie, die Liberalisierung etwa von Finanz-, Energie- und Telekom-Märkten haben in der österreichischen Unternehmenslandschaft tief greifende Veränderungen gebracht. Es entsteht eine steigende Zahl von industriellen Unternehmen mit einem Netz von Auslandstöchtern. Die früher verstaatlichten Unternehmen wurden zu multinationalen Konzernen mit österreichischem Headquarter. Der Bankensektor, die Versicherungen, der Realitätensektor (Immobilien) internationalisieren sich, großteils auch mit Österreich als Headquarter. Unternehmen im Infrastrukturbereich sehen sich nach Teilprivatisierung verpflichtet und befähigt, außerhalb des Landes zu expandieren und zu investieren. Betriebe in Gemeinde- oder Landeseigentum sehen hingegen oft noch keine Veranlassung, über die Gemeinde- bzw. Stadtgrenze hinaus Dienstleistungen oder Know-how anzubieten, Größenvorteile zu nutzen oder im Fall größerer Städte das vorhandene Wissen im Ausland zu nutzen.

3.3 *In der Mitte und an der Kante*

Österreich ist lange am Rand, teilweise sogar außerhalb des europäischen Integrationsraumes gelegen. Heute liegt Österreich geographisch und wirtschaftlich in der Mitte des EU-Raumes, eine Position, die bei der Erweiterung der EU in den Südosten und in die derzeitigen Nachbarländer (z.B. Schwarzmeerraum) noch verstärkt werden wird. Die Position im Zentrum eines dynamischen, im Umbruch befindlichen Wirtschaftsraumes ist mit großen Chancen

verbunden, allerdings auch mit stärkster Konkurrenz um die Realisierung der Vorteile aus dieser zentralen Lage. Mehrere Regionen und Großstädte wetteifern darum, sich als Standorte für Konzern- und Forschungszentralen zu profilieren.

Dazu kommt für Österreich, dass es an einer "Wohlfahrtskante" liegt. Anders als für das Zentrum einer langsam gewachsenen Großregion typisch, stellt die Mitte für Österreich zugleich eine Kante dar: Die Einkommen fallen in Richtung Osten ungewöhnlich stark ab: In nur 500 km Entfernung liegen die Einkommen bei einem Fünftel von jenen in Österreich. Auch dies bringt bei optimaler Arbeitsteilung Vorteile (günstige Kombiprodukte, Zulieferungen, leicht erreichbare Produktionsstandorte und niedrige Lohnkosten). Gleichzeitig ist die Gefahr der Konkurrenz groß, wenn in Österreich Waren produziert werden, die auch in Niedriglohnländern erzeugt werden können.

3.4 *Chancen der weltweiten Globalisierung*

Die "weite" Globalisierung ist für Österreich eine besondere Herausforderung, weil Österreich sich export- und importseitig auf nahe Märkte konzentriert hat und dadurch wenige Firmen mit Betriebsansiedlungen in China und Indien (und auch Afrika und Südamerika) besitzt. Die dynamischen Länder in Asien sind ein besonderer Hoffungsmarkt, den Österreich auch für Exporte noch nicht voll nutzt. Allerdings kommen auch billige Produkte aus diesen Ländern und konkurrieren gegen die arbeitsintensive Industrieproduktion, die lange Zeit - und teilweise noch immer - in Österreich überproportional große Anteile an der Wertschöpfung besetzt. Die Handelsbilanz Österreichs gegen China und Indien ist trotz guter Exporterfolge negativ. Die Chancen in diesen Ländern müssen dennoch stärker von österreichischen Firmen genutzt werden.

3.5 *Steigende Bevölkerung, Migration, Alterung*

Die österreichische Bevölkerung wird bis 2050 nach der derzeitigen langfristigen Bevölkerungsprognose von derzeit 8,3 Millionen auf mindestens auf 9,5 Millionen anwachsen. Das Bevölkerungswachstum ergibt sich fast ausschließlich aus dem Wanderungssaldo (und hier aus der Nettozuwanderung von Ausländern). Der Anteil der Personen, die im Ausland geboren wurden, an der Wohnbevölkerung liegt bei 15,3% (2009) und steigt bis 2025 auf 18%. Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung mildert, verändert aber nicht die Tendenz zur Alterung der Gesellschaft. Der Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren, der im Jahr 2008 bei 15,2% lag, sinkt bis 2025 auf 14,2%. Der Anteil der Personen mit 60 und mehr Jahren, der 2008 bei 22,6% lag, steigt dagegen auf 34,2% (2050). Die Gruppe der 45- bis 64-Jährigen wird im nächsten Jahrzehnt sogar die größte Altersgruppe. Des Weiteren geht die Migration in Österreich mit einem „brain drain“ einher. Österreich verliert gut qualifizierte Arbeitskräfte stärker als es imstande ist solche in das Land zu holen (vgl. Bock-Schappelwein et al., 2008).

4. Generelle Reaktionen auf neue Rahmenbedingungen

Strategische Reaktionen waren schon vor der Finanzkrise angebracht.

4.1 *Maximierung kurzfristiger Gewinne ist nicht das einzige Ziel erfolgreicher Unternehmen*

Erfolgreiche Unternehmen maximieren nicht nur kurzfristige Gewinne, sondern werden auch **den Standort entwickeln**, die eigenen ArbeitnehmerInnen aus- und weiterbilden, altersgerechte Karrieren planen, Kinderbetreuung bereitstellen oder organisieren, Flexibilitätswünsche und Sicherheit der ArbeitnehmerInnen berücksichtigen, unangenehme Jobs umplanen. **Strategiepartnerschaften** zwischen Unternehmen und Belegschaft sind anzustreben, in denen die Gewinnverwendung der Unternehmen und die Zeitverwendung der ArbeitnehmerInnen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit und des Wirtschaftsstandortes gemeinsam diskutiert werden. ArbeitnehmerInnen müssen wissen, dass die Gewinne wichtig sind, aber dass sie auch für ihre langfristige Zukunft am Standort verwendet werden. Unternehmen sollten stärker auf internen Know-how-Aufbau Wert legen und weniger auf kurzfristige Beschäftigung und Leiharbeit.

4.2 *Klimaschutz kann Wachstum kosten, frühes Handeln und Vorreiterposition ist möglich*

Die teuerste Strategie im Umweltbereich ist "nichts" zu tun. "We can be green and grow but if we are not green we will stop to grow", sagt der *Stern-Report* richtig. Aber wir müssen radikale Veränderungen ansetzen. Eine Absenkung des Zuwachses der CO₂-Emissionen oder des Energieverbrauchs genügt nicht. Ein absolutes deutliches Minus muss erzielt werden. Zumindest im Wohn- und Bürobau d.h. auch durch Sanierung. Österreich sollte versuchen, führend zu sein in der Energieeinsparung, im Engpassmanagement des Verkehrs, in der Einführung von Elektroautos und Solartankstellen, bei Passivhäusern und Niedrigenergiebauten. Die globale Erwärmung kostet für die meisten Länder - bei frühem Handeln - einen kleinen Teil des Wachstums. Ein paar Länder können durch eine langfristig geplante, innovationsorientierte Vorreiterposition einen Vorteil daraus ziehen (höheres Wachstum, mehr Beschäftigte).

4.3 *Gemeinden müssen umdenken*

Gemeinden haben nicht nur verfassungsmäßige eigenständige Aufgaben, sie sollen Partner beim Durchsetzen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prioritäten sein, so wie in erfolgreichen Firmen alle Abteilungen und Personen die Firmenziele kennen und fördern. Sie sind nicht nur zuständig für Straßen, Brücken, Raumordnung, sondern sollen auch initiativ sein bei der Betreuung von Kindern und Älteren sowie bei Weiterbildung und Integration von Zuwanderern, interessiert an emissionsparendem Bau. Gemeinden sind nicht nur Lobbyisten für die Erhaltung des "eigenen" Spitals, sondern können auch zur Prävention beitragen. Sie sollen nicht nur Sozialhilfe auszahlen, sondern auch überlegen, wie Sozialfälle vermieden werden können und ob nicht manche Aufgaben effizienter erledigt werden können, wenn

mehrere Gemeinden zusammen arbeiten. Einer der kommunalen Kernbereiche, die Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen für Kinder, aber auch von dezentralen Betreuungseinheiten für Ältere und Pflegebedürftige, wird mit der abzusehenden demographischen Entwicklung enorm an Bedeutung gewinnen. Durch die raschen Veränderungen kann jede Gemeinde - in stärkerem Ausmaß als bisher - wählen, ob sie wachsen oder schrumpfen will. Jede Gemeinde sollte ein Vision entwickeln, wie sie in der veränderten Gesellschaft 2025 aufgestellt sein will - als Standort von Informationsdienstleistungen und für Unternehmen, als Gesundheits-, Betreuungs- und Pflegezentrum, als Wohnsitz von Familien und von Älteren, als Urlaubsparadies für Kinder.

4.4 *Radikaler Wandel in öffentlicher Ausgabenstruktur in Richtung Zukunftsausgaben*

Der öffentliche Sektor muss alte, obsolet gewordene Aufgaben radikal abbauen. Die Reform des Haushaltsrechts auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen in Verbindung mit einer umfassenden Verwaltungsstrukturreform ist Voraussetzung für eine nachhaltige Budgetsanierung. Besonders deshalb, weil auch viel Geld nötig ist für Forschung, Bildung und Kinderbetreuung sowie für Gesundheit und Pflege, ist es unbedingt erforderlich, die Ausgaben zu durchforsten und auf ihre Notwendigkeit und Effizienzreserven zu prüfen. Geld für Zukunftsaufgaben kann und darf nicht aus Steuererhöhungen kommen, sondern aus dem Abbau und der effizienteren Wahrnehmung von alten Aufgaben und der Beseitigung ineffizienter Strukturen. Die Höhe von Abgaben und Staatsausgaben ist schon überdurchschnittlich, das ist in dieser sensiblen Lage Österreichs in der Nähe von "flachen" Steuersystemen und niedrigen Löhnen ein gewisses Risiko.

4.5 *Das Steuersystem muss Arbeit schaffen und Leistungswillen belohnen*

Veränderung der Steuerstruktur: der Faktor Arbeit ist hoch belastet, ab 350 € mit 40% Unterschied zwischen Brutto- und Nettolohn (oder 60% wenn man brutto durch netto rechnet). Nach Einsetzen der Steuerpflicht (etwas über 1000 €) liegen die Kosten für die Firma schon bei einem Einkommen von 1300 € um 70% höher als die Nettolöhne, bei einem Einkommen von 2000 € sind es 90% (brutto/netto). Gibt man die Nettoeinkommen aus, zahlt man noch 20% Mehrwertsteuer. Vermögen wird nicht oder fast nicht besteuert, nach Wegfall der Erbschaftssteuer ist Erben steuerfrei. Energiesteuern sind zu niedrig, um den Verbrauch zu reduzieren, ihr Gewicht ist in den letzten Jahren gesunken. Dabei ist Energie heute relativ billiger als von 30 Jahren, Straßenverkehr und Transport wachsen rasch.

4.6 *Die wirksamste Bekämpfung der Armut ist Beschäftigung*

Die Armutsgefährdung ist in Österreich - relativ für ein reiches Land - hoch, wenn auch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an der Bevölkerung nicht steigt und niedriger ist als in den meisten anderen Ländern. Wichtigster Ansatz für Erwerbsfähige ist nicht eine höhere Transferzahlung, sondern ein niedriger Keil zwischen Brutto- und Nettolohn (Tax Wedge), die Schaffung von Jobs durch höheres Wachstum, die Überführung von Teilzeitjobs in Vollzeitarbeit (u. a. durch Kinderbetreuungsplätze) und Weiterbildung (eine Erhöhung der

Transferzahlung bei Weiterbildung wäre ein Ansatz). Nur für **Nichterwerbsfähige** soll an höhere Transferzahlungen gedacht werden, für **Erwerbsfähige** ist die Schaffung von Arbeitsplätzen die wirtschaftlich und humanitär beste Form der **Armutsbekämpfung**.

4.7 *In die Jugend investieren, für mehr Chancengleichheit und mehr Leistung*

Die höchsten gesellschaftlichen Erträge der Ausbildung liegen bei der Grundausbildung (Kindergarten, Grundschule, Nachholen von Schulabschluss). Hier gibt es nach wie vor große Defizite, ungenügende Integration von Migranten und Migrantinnen und Kindern aus Familien mit geringem Bildungsgrad. Diese Differenzen halten sich hartnäckig seit Generationen, bei Migranten und Migrantinnen ist die zweite Generation in Österreich schlechter ausgebildet als die Elterngeneration. Die Vererbung von Bildungsdefiziten ist unakzeptabel hoch. Bezüglich der Beseitigung von Genderdifferenzen ist Österreich ein Entwicklungsland.

5. 15 Punkte einer Reformagenda für Österreich

Der heutige Reformbedarf in Österreich ergibt sich erstens durch die sich rasch ändernden Rahmenbedingungen, zweitens durch den Aufstieg Österreichs von einem Mittelständler zu einem der Länder mit höchstem Pro-Kopf-Einkommen und drittens aus dem zögerlichen Reformtempo schon vor der Finanzkrise. Die Verzögerung stellt sich durch die Krise als noch verhängnisvoller dar, weil jetzt für wichtige Investitionen weniger Geld vorhanden ist, Steuern, Defizite und Schuldenstand schon krisenbedingt sehr hoch sind. Die Reformen betreffen viele Gebiete, hier werden jene besonders beleuchtet, die den Bildungs- und Forschungsbereich betreffen. Es wird ein wirtschaftlicher Fokus gesetzt, weitere gesellschaftliche Tendenzen wurden teilweise im Abschnitt 5 angesprochen, die Behandlung anderer Reformnotwendigkeiten wie interne und externe Sicherheit, Justiz, Asylrecht würden den Rahmen sprengen.

1. *Vorschule, Kinderbetreuung*

Der wahrscheinlich wichtigste Reformbereich im Bildungssektor ist der vorschulische Bereich. Internationale Studien zeigen, dass die Investitionen im Vorschulalter gesellschaftlich und individuell den höchsten Ertrag (Rendite) erzielen, in dem Sinn, dass hier mit einem gegebenen Aufwand der größte Erfolg für die Zukunft erzielt werden kann. Österreich verfehlt die EU-Mindestvorgaben für Betreuungsplätze von Kindern bis zum dritten Lebensjahr mit einer Quote von knapp 16% deutlich (Betreuungsplätze für ein Drittel der Unter-Dreijährigen sollten verfügbar sein). Die Besuchsrate von Kindergärten für Fünfjährige ist relativ hoch, aber gerade bei Kindern mit Sprachdefizit und weniger gut integrierten Kindern war sie bis zur Einführung der Kindergartenpflicht geringer. Die Beseitigung von Sprachdefiziten wie auch die zufriedenstellende Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordern mehr Kindergartenplätze auch für jüngere Kinder. Die Betreuungsintensität ist relativ gering (Zahl der Kinder pro Betreuungsperson), es gibt noch keine Bildungsstandards (Ziele), die in Kindergärten erreicht werden sollen, und die Ausbildung der BetreuerInnen muss verbessert werden. Die Wirkung

der Vernachlässigung dieser Altersgruppe zeigt sich in der relativ hohen Bildungsvererbung und in den großen Unterschieden in den Pisa-Ergebnissen zwischen dem besten Drittel und dem schlechtesten Drittel. Geringe Investitionen im vorschulischen Bereich und die Vernachlässigung der frühkindlichen Bildung stehen im Gegensatz zur Priorisierung dieser Altersgruppe in skandinavischen Ländern.¹

Das Problem wird noch dadurch verschärft, dass Österreich einen hohen Anteil an Migranten unter den Kindern hat und dass MigrantInnen regional geballt wohnen.

2. Schulreformen

Die fehlende Beseitigung von Bildungsnachteilen im vorschulischen Alter wirkt sich in den Volksschulen aus. Und die Unterschiede in Sprachkenntnis und Lesefähigkeit, die noch nach der Volksschule bestehen, machen die Trennung der Bildungsentscheidung mit zehn Jahren in Hauptschulen und Allgemeinbildende Höhere Schulen noch problematischer.

Die wichtigsten Vorbedingungen für eine grundlegende Reform ist erstens die (zentrale) Festlegung von Bildungs**zielen** und zweitens die **Kontrolle** der Bildungsergebnisse (beide haben vorwiegend auf der zentralen Ebene zu erfolgen). Die Finanzierung der Schulen sollte nach einem Pro-Kopf-Schlüssel erfolgen, der nach Schultype abgestuft ist und der auch Erschwernisse (soziale Schichtung, Behinderungen, Migrationshintergrund) berücksichtigt. Damit wird die bisherige Finanzierungspraxis beendet, dass der Bund für (Pflicht-)Schulen zahlt, das Land aber die Zahl der Lehrer bestimmen ("nachbestellen") kann. Für das Land besteht nach dem heutigen System kein Anreiz, den effizienten Einsatz der Mittel, die volle Ausübung der Lehrverpflichtung und die Nutzung der bezahlten „Ferientage“ für Weiterbildung zu überprüfen.

Die Zusammensetzung der **Schullandschaft** (wie viele Schulen, wo, welche Typen) erfolgt auf der regionalen Ebene, bei gegebenen Bundesmitteln. Regionale Bedürfnisse können dadurch berücksichtigt werden, aber im Rahmen der allgemeinen Vorgaben und unter Bedingungen (Weisungsrecht, Zusammensetzung der Gremien), die die Einhaltung der Vorgaben sicherstellt. Wenn das Land mehr Schulen oder LehrerInnen will, kleinere Schulen erhalten will, teurere Schwerpunkte oder Exzellenz erzielen will, muss es die Bundesmittel aufstocken.

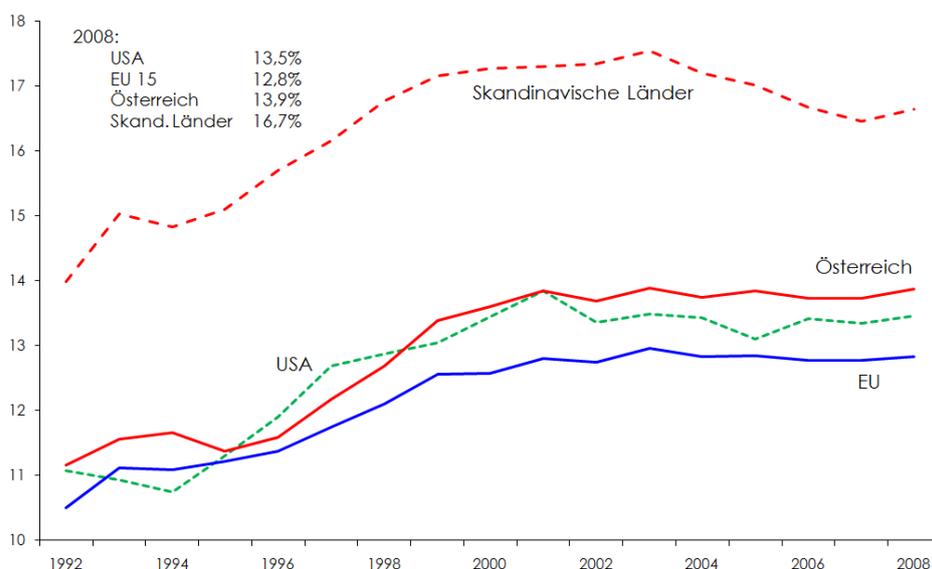
Schulen sollten in aller Regel zu Ganztageschulen werden, ebenso wie LehrerInnen einen Arbeitsvertrag für eine volle Beschäftigung ("40 Stunden") haben. Ob sie diese in der Schule verbringen oder nicht, ist von den technischen und örtlichen Verhältnissen abhängig und unterliegt der Entscheidung der Schule (wie in anderen Firmen, wo die Firmenleitung über das Ausmaß der Anwesenheit und der Möglichkeit der Telearbeit entscheidet). Die Trennung der

¹ Das Bildungssystem in seiner Gesamtheit - vom Kindergarten bis zur Universität - soll leistungsorientiert sein und darf nicht soziale Unterschiede zementieren, wie dies derzeit geschieht. Leistungsorientiert heißt in dem Fall, dass es die Leistungsfähigkeit individuell fördert und nach dieser individuellen Leistungsfähigkeit auch den schulischen Werdegang ausrichtet. In den USA wurde dies durch den "no child left behind" act in Gesetz gegossen. In Finnland ist es gelebte Praxis.

Schüler soll eher nach Leistungsgruppen erfolgen und nicht nach Schultypen, die Zugehörigkeit eines Schülers zu Leistungsstufen soll ggf. nach Fächern verschieden sein, das erspart eine vertikale „Schulentscheidung“ mit dem 10. Lebensjahr. Das Exzellenzelement (Abweichung nach oben) zu fördern ist ebenso wichtig wie die Abweichungen nach unten durch Förderung zu verringern.

In allen Reformansätzen vielleicht der wichtigste Ansatz, der jedoch immer wieder unterbelichtet bleibt, ist die Notwendigkeit der **Schulautonomie**. Nur wo in der Schule selbst entschieden wird, wie der Unterricht abgewickelt werden soll, findet sich die optimale Ausgestaltung von Lernen und die höchste Motivation. Die Schule trifft mit gegebenen Mitteln alle Entscheidungen von Personal- bis zu Investitionsentscheidungen. Die technische Ausstattung der Schulen muss der modernen Informationsgesellschaft entsprechen. Die Führung der Schulen muss unabhängig bestellt werden, sie soll in der Regel aus einer pädagogisch erfahrenen und einer im Management erfahrenen Person bestehen (Doppelführung), wobei nur in Ausnahmefällen einer der beiden Schulleiter auch an zwei kleinen Schulen tätig sein könnte. Direktoren und Manager werden in objektiven Verfahren bestimmt, die Überprüfung und Berufung geht weder an den Bund noch an das Land, sondern zu einem unabhängigen richterlichen Gremium (ev. angegliedert an den Rechnungshof). Die Schuldirektion stellt Lehrer und Lehrerinnen ein und kann sie kündigen, wobei alle Schulpartner angehört werden müssen. Das Lehrerdienstrecht ist zu vereinheitlichen. Landes- und Bezirksschulbehörden sind zusammengelegt, sie überprüfen alle Vorgänge (pädagogische, finanzielle, infrastrukturelle) an den Schulen gemeinsam.

Abbildung 1: Ausgaben für Zukunftsinvestitionen (relativ zum BIP)



Anmerkung: Skandinavische Länder: Schweden, Finnland, Dänemark.
Zukunftsinvestitionen: Forschung, Bildung, Telekommunikation

3. *Universitätsreformen: Finanzierung und Effizienz*

Die Universitäten und mit ihnen die Grundlagenforschung in Österreich sind unterdotiert. Ohne Grundlagenforschung verliert die angewandte Forschung ihre Dynamik und konzentriert sich zu sehr auf kleine Innovationen. Österreich als eines der reichsten und teuersten Länder Europas braucht grundlegende Investitionen, eine Forschung an der Wissensfront, und diese können Unternehmen nicht alleine finanzieren. Forschungsgeld für Grundlagenforschung ist knapp, die antragsgebundene Finanzierung sieht keine oder eine zu geringe Finanzierung der notwendigen universitären Infrastruktur vor. Die Forschungsmittel werden auch wenig nach erfolgreichen Clustern vergeben, sodass die Forschung relativ breit, aber nicht auf gesellschaftlich wichtige oder wirtschaftlich erfolgreiche Gebiete konzentriert wird (wie etwa in der Schweiz). Die Exzellenzgebiete sollen nicht top down (mit Ausnahme gesellschaftlicher Prioritäten wie Gesundheit, Umwelt, soziale Innovationen), sondern bottom up ausgewählt werden (wo sich Erfolge zeigen, sollen Forschungsanstrengungen verstärkt werden). Private Mittel sollten verstärkt akquiriert werden. Stiftungen sollten zunächst freiwillig, dann verpflichtend Forschung (oder Sozialvorhaben) finanzieren.

Eine exzellente Forschungsinfrastruktur und gute Universitäten sind auch ein entscheidender Standortvorteil. Technologieintensive Unternehmen orientieren sich in der Standortwahl an der Qualität der Forschungseinrichtungen in einem Land (vgl. *Janger – Reinstaller, 2009*). Das gleiche gilt auch für Forscher, die international mobil sind. Egal ob es sich um Hochschulforscher oder Forscher in der Industrie handelt, sie orientieren sich stets an der Attraktivität des Forschungsstandortes in einem Zielland (vgl. *Huber et al., 2010*).

Universitäten müssen aber auch effizienter werden. Eine Studieneingangsphase soll die Studienwahl treffsicherer machen. Studiengebühren in Verbindung mit einem Bildungskredit sollen die Finanzierung der Universitäten erleichtern und den Ausbildungsvertrag zwischen Gesellschaft und StudentInnen verbindlicher machen. Ein Stipendien- und Studienkreditsystem garantiert, dass finanzschwache Gruppen studieren können. Die Studienwahl soll in voller Kenntnis der Arbeitsmarktchancen erfolgen, wer ein Studium wählt, in dem er nach fünf Jahren nur mit kleinster Wahrscheinlichkeit einen Vollzeitjob erwarten kann, soll dies wissen und eventuell durch eine geringfügig höhere Studiengebühr "bestätigen".²

4. *Frontstrategie im Forschungsbereich dotieren und umsetzen*

Die Systemevaluierung des Forschungssystems (*Aiginger et al., 2009*) empfiehlt folgende Teilstrategien:

- Beseitigung der Trennung von Innovation und Ausbildung;

² Es könnte auch für erwiesene Mangelberufe die Studiengebühr reduziert bzw. von den interessierten Nachfragern übernommen werden. In den vier Ferienmonaten werden die Universitätsräume für Kurse zur Studienbeschleunigung genutzt, für Diplomarbeiten und Dissertationen sowie für ausländische "Schnupperstudenten" bzw. für Veranstaltungen (inkl. Universitätssportzentrum).

- Umstieg von Imitations- zu Frontstrategie;
- Umstieg von engen Programmen zu breiter Förderung nach Aufgaben und Prioritäten;
- Erstellung einer Forschungsstrategie mit einheitlichem Finanzierungsrahmen;
- Bekräftigung des 4%-Zieles für Ausgaben und 2% für Universitäten (mit größerer privater Finanzierung).

Die notwendige Dotierung der Forschungsausgaben ist in einer Zeit der Budgetkonsolidierung keine einfache Aufgabe. *Janger et al.* (2010) schlagen vor, mit folgenden Schwerpunkten die Reformstrategie in Zeiten knapper Mittel fortzusetzen: (i) Intensivierung der Ausgaben, (ii) Vertiefung (bessere Outputs per Input), (iii) Verbreiterung der Basis (Erhöhung der Zahl der forschenden Unternehmen), (iv) Standortverbesserung (u.a. Anwerbung von Forschungszentralen) und (v) stärkere Missionsorientierung der wissenschaftliche Forschung. Zentrale Instrumente zur Umsetzung dieser Schwerpunkte sind eine Vereinfachung und Erhöhung der steuerlichen Forschungsförderung, eine Steigerung der Selektivität und der Fokussierung der direkten Forschungsförderung, eine Erhöhung der Hochschulabsolventen und eine deutliche Verbesserung der Qualität von Hochschullehre und –forschung und eine Verbesserung der privaten Innovations- bzw. Unternehmensfinanzierung, z.B. über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Investition von Risikokapital. Wenn Österreich bis 2020 Innovations-Spitzenreiter werden soll, dann hat ein Bereich nicht zuletzt aufgrund der teils längeren Vorlaufzeiten absolute Priorität: In einkommensstarken Volkswirtschaften ist Wissen der wichtigste Wettbewerbsfaktor. Die für die Wissensproduktion und –vermittlung verantwortlichen Institutionen müssen daher von hervorragender Qualität sein, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

5. Von kurativem zu präventivem Gesundheitssystem

Für Gesundheit gibt Österreich 1% des BIP mehr aus als der Durchschnitt der Industrieländer. Die Einsparungsmöglichkeiten ohne Qualitätsverlust werden in verschiedenen Studien mit 2 bis 3 Mrd. € eingeschätzt (*Aiginger et al.*, 2010). Die Lebenserwartung in Österreich ist geringfügig höher als im EU-Schnitt (bei Geburt Österreich 80,4 Jahre, EU 15 80,3 Jahre), die Zahl der zu erwarteten "gesunden" Jahre aber deutlich geringer (Österreich 58,8 Jahre, EU 15 62,4 Jahre)³. Die geringe Beachtung einer gesunden Lebensführung und fehlende Vorsorge erhöhen tendenziell – gemeinsam mit der steigenden Lebenserwartung und den erweiterten technischen Möglichkeiten der Medizin – die Gesundheitskosten. Zu den klar ersichtlichen Ineffizienzen zählt die deutlich höhere Zahl der Akutbetten in Österreich, ein Spitalsnetz, das oft politische Prioritäten und Grenzen von Ländern widerspiegelt, und ein gleichzeitiger Neubau eines Großspitals auf neuem, teurem Grund bei leer stehendem Heeresspital in unmittelbarer Nähe (Wien Nord).

Eine zentrale Finanzierung und Kontrolle des Spitalwesens ist notwendig und mehrfach vorgeschlagen. Prävention senkt Gesundheitskosten nachhaltig, sie spielt aber derzeit weder

³ Quelle: Eurostat.

in der Schule, noch in den Medien noch am Arbeitsplatz eine Rolle. Die Sozialversicherung darf Vorsorge nur forcieren, wenn andere kurative Aufgaben erfüllt sind. Statistiken über Dickleibigkeit, Alkohol-, Nikotinkonsum schon von Jugendlichen zeigen die Vernachlässigung von Prävention im weiteren Sinn (Lebensstil). Die Zahl der Jahre, in denen hohe Gesundheitskosten anfallen und Pflege erforderlich ist, sind die stärkste Triebkraft hoher Gesundheitsausgaben.

6. *Innovative Vorreiterstrategie im Umweltbereich*

Österreich hat in den letzten Jahren seine Vorreiterposition im Umweltbereich weitgehend eingebüßt. Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß sind zwar im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung noch immer relativ niedrig, aber beide Indikatoren steigen absolut und auch stärker als im EU-Schnitt. Die Begrenzung der Erderwärmung auf 2 Grad bis 2050 setzt eine deutliche absolute Reduktion von Emissionen voraus. Länder, die das spät machen, werden hohe Ausgaben tätigen müssen (bis zu 5% des BIP nach Schätzung von *Stern*, 2006). Länder, die Vorreiter sind, werden sogar profitieren, indem sie selbstentwickelte Technologien exportieren können. Österreich hat eine erfolgreiche Umwelttechnologieindustrie und erfolgversprechende Ansätze zu alternativen Energien, nutzt diese Stärken aber zu wenig und verfehlt die selbstgesteckten Kyoto-Ziele deutlich. Es gibt kein Konzept zur Elektromobilität (etwa als Dienstfahrzeuge zu nutzen und gleichzeitig Solartankstellen an zentralen Stellen aufbauen zu lassen). Vorzeigeregionen für alternative Energien entstehen eher per Zufall und lokale Initiative. Benzin und Diesel sind weiter billiger als im Ausland. Wohnbauförderung ist zu wenig an Energiestandards gebunden, im Bürobau werden auch bei Neubau zu geringe Standards verlangt. Teure Projekte wie der Koralmbahn-Tunnel werden vom Staat per Weisung durchgesetzt und behindern die Verlagerung von der Straße auf die Schiene auf Grund von Qualitätsmängeln im Güter- und Personenverkehr auf der bestehenden Südstrecke.

7. *Einsatz von Anreizmechanismen zur Erzielung gesellschaftlicher Ziele*

Gesellschaftliche Ziele können dann kostengünstig erreicht werden, wenn sie in die Investitions- und Konsumentscheidungen selbst eingehen (und nicht nachträglich nach Verfehlung eines Zieles oder Eintritt eines Problems durch zusätzliche Ausgaben erreicht werden müssen). Sind Arbeitsplätze altersverträglich ausgestattet und gibt es in Betrieben im Altersverlauf Jobrotation (von schwerer körperlicher Beschäftigung zu organisatorischer Tätigkeit), so sinkt die Arbeitslosigkeit älterer Arbeitskräfte und verschiebt sich der Pensionseintritt. Werden Unfälle und Krankheiten vermieden, sinken die Krankheitstage und die Kosten der Sozialversicherung. Wird das ganze Jahr durchgehend gearbeitet, sinken die Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung. Werden Gesundenuntersuchungen regelmäßig durchgeführt, sinken die Aufwendungen für Medikamente und Spitalsaufenthalte.

Ausgaben für vorteilhafte Aktivitäten und dezentrale Überlegungen können verstärkt werden durch Bonus- und eventuell auch Malus-Zahlungen für Betriebe und Personen. Die Sozialversicherungsbeiträge können gestaffelt werden ("Experience Rating") nach der Zahl

der Krankentage, nach der Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung, nach den Investitionen in Jobplanung, Gesundheitsausgaben in Firmen, ebenso auf individueller Ebene (Bonus für Gesundenuntersuchung etc.).

8. *Harmonisierung und Anreize im Pensionssystem*

Das tatsächliche Eintrittsalter in die Pension ist im Durchschnitt über sechs Jahre entfernt vom gesetzlichen, in einigen Berufsgruppen noch mehr. Pensionsregelungen, entwickelt für Langzeitversicherte in schweren Jobs, werden genutzt von Beamten, die sich mit hohen Gehältern die fehlenden Jahre billig nachkaufen können und dann für 20 bis 30 Jahre eine volle Pension beziehen, die weit über der Medianpension liegt. Das Pensionsrecht ist nach Alter ("Parallelberechnungen") und nach Berufsgruppen (ASVG, Gewerbe, Beamte) verschieden. Es ist mittelfristig ein einheitliches Pensionssystem zu entwickeln, bei dem das Antrittsalter mit der Lebenserwartung steigt (für ein Jahr höhere Lebenserwartung wären ein paar Monate mehr aktive Tätigkeit erforderlich). Die Pensionszahlungen und der Bundesbeitrag sind zu vereinheitlichen. Längere Arbeit soll belohnt werden (über den versicherungsmathematischen Faktor hinaus), kürzere individuelle Lebensarbeitszeit soll zu niedrigeren Pensionen führen (allerdings mit geringeren Abschlägen für niedrigere Einkommen). Generell soll die Spanne zwischen niedrigsten und höchsten öffentlichen Pensionen stark verringert werden. Der Bundesbeitrag zu allen Pensionssystemen plus Pflegekosten sollte einen stabilen Anteil an der Wirtschaftsleistung nicht überschreiten.

9. *Durchforstung der Wirtschaftsförderung und Fokussierung der Infrastrukturinvestitionen auf Qualität*

Österreich gibt für Wirtschaftsförderung im weitesten Sinn 15 Mrd. € aus (das sind 5,5% des BIP), der Durchschnitt der EU-15-Länder liegt bei 2,2%. Ein wesentlicher Teil (rund 5 Mrd. €) fließt in den Spitalsektor, als Ausgleich für dort entstehende Verluste und Ineffizienzen im Gesundheitswesen. Ein zweiter Bereich mit hohen Förderungen ist der Verkehrssektor, und hier vorrangig die ÖBB, ein dritter die Landwirtschaft. ÖBB und Landwirtschaft benötigen eine Vision über ein öffentliches Transportsystem bzw. den ländlichen Raum im Jahr 2025 und dann eine Umsetzungsplanung, wie man den wünschenswerten Zustand mit minimalen öffentlichen Mitteln erreichen kann.

Im Verkehrsbereich steht dem geplanten Umstieg von der Straße zur Bahn die Realität der Schließung von Bahnstrecken, Einstellung von Direktverbindungen, Auslassen von Verladestellen gegenüber. Die ÖBB muss ausländische Betriebe auf ihrem Netz fahren lassen, hat aber kein Geld für die notwendigen Anfangsinvestitionen, um selbst Berechtigungen auf ausländischen Bahnen zu erwerben. Es besteht langfristig die Möglichkeit einer Konsolidierung der europäischen Bahnen – etwa in der Form der Fluglinien – mit der Konsequenz, dass Mitteleuropa von 2-3 „Bahnkonzernen“ versorgt würde.

Die Südbahnstrecke ist besonders benachteiligt: lange Fahrzeiten, schlechte Züge, ungenügende Frequenzen. Der Bahnfernverkehr von Nordosteuropa nach Italien hat keine

wirkliche Bedeutung. Die öffentliche Hand setzt Prioritäten, etwa Eigentümerweisung für den Koralm-Tunnel und Übernahme der Kosten für Bau und zu erwartende Betriebsverluste, obwohl der Tunnel ohne EU-Entscheidung über die Trasse Danzig – Bologna erstens unausgelastet bleibt, zweitens keine wesentliche Fahrzeitbeschleunigung für Wien – Klagenfurt bringt (10 bis 20 Minuten) und drittens erst nach einer positiven Entscheidung der EU von dieser mitfinanziert wird. Es wäre leicht zu errechnen, dass 1 Mrd. € in das bestehende Bahnnetz einen höheren Ertrag an zusätzlichem Verkehrsvolumen auf der Bahn bringen würde – und mehr als 1 Mrd. € würde die Kostenersparnis auch sein, wenn die etwaige Mitfinanzierung der EU abgewartet würde.

In anderen wichtigen Zukunftsbereichen, wie z.B. dem Ausbau der Breitbandinfrastruktur, wird hingegen zu wenig investiert. Hier hat sich in den vergangenen fünf Jahren eine beachtliche Kluft in der Breitbandnutzung (Anschlüsse/Haushalt) zu den Spitzenreiterationen aufgetan (zwischen 5% und 13%). Schweden hat in den vergangenen zehn Jahren eine Milliarde Euro in den Breitbandausbau investiert und hat heute eine der modernsten Infrastrukturen in diesem Bereich weltweit. In Österreich wurden im selben Zeitraum vom Bund nicht einmal 30 Mio. € investiert. Zählt man die jüngste Breitbandinitiative dazu (BBA_2013), so erreichen die zugesagten Förderungen knapp 50 Mio. €. Eine neue Studie der Weltbank lässt den Schluss zu, dass Österreichs Wirtschaft dadurch zwischen 0.5 und einem Prozentpunkt der Wachstumsrate des realen BIP gegenüber Ländern wie Schweden, Finnland oder der Schweiz einbüßt (vgl. *Reinstaller*, 2010).

Im Agrarbereich sind die hohen Förderungen mittelfristig nicht zu halten, besonders die flächengebundenen. Dies zeigt sich schon in den derzeitigen Strategieüberlegungen der EU-Kommission von Jänner 2011. Gleichzeitig ist der Bedarf an Nahrungsmitteln ungebrochen. Die Nutzung des ländlichen Raumes für Gesundheit und Dienstleistungen kann und muss neu definiert werden. Die österreichische Bevölkerung steigt wieder stark und die städtischen Bereiche sind überlastet, sodass Schwerpunktsetzungen im ländlichen Raum je nach geografischen Vorteilen Erfolgchancen haben.

10. *Reform des Abgabensystems*

Das österreichische Steuer- und Abgabensystem ist nur historisch zu verstehen, es ist in erheblichem Ausmaß wachstums- und beschäftigungsfeindlich. Die Abgabenquote ist höher als in vielen anderen Ländern. Die Steuern auf den Faktor Arbeit sind extrem hoch und deutlich über dem internationalen Durchschnitt. Die Steuern auf Unternehmen sind durchschnittlich, jene auf Umwelt waren im Jahr 2000 höher, sind aber jetzt niedriger als im EU-Schnitt, ebenso jene auf Tabak. Vermögensbezogene Steuern sind gering, besonders die Grundsteuer sinkt jedes Jahr relativ zum Grundwert, weil ihre Bemessungsgrundlage fixiert ist, während die Grundstückswerte steigen. Sozialversicherungsbeiträge sind nach Berufsgruppen unterschiedlich. Die Bemessungsgrundlagen für alle Abgaben sind durch Ausnahmen ausgehöhlt, die Verwaltung kompliziert.

Die Belastung des Faktors Arbeit ist u.a. deswegen hoch, weil durch diese ein großer Teil des Sozialsystems finanziert wird. Da in diesem System der Versicherungsgedanke mitspielt, ist die Abgabenbelastung auch bei niedrigen Einkommen schon sehr hoch (ab Geringfügigkeitsgrenze), bei hohen Einkommen aber relativ niedriger (Höchstbeitragsgrundlage). Das Ergebnis ist eine Belastung der Einkommen, die sofort sehr hoch ist (durch die Sozialversicherung) und dann noch einmal deutlich steigt, wenn die Einkommensteuer i.e.S. mit ihrem sehr hohen Eingangssteuersatz einsetzt. Österreich hat damit eine "Flat Tax" mit zwei Stufen, auf hohem Niveau und mit unsystematischen Brüchen und Zacken. Wann immer eine neue Sozialleistung diskutiert wird, wird wieder eine "kleine" Anhebung der Belastung des Faktors Arbeit diskutiert, wie etwa für Pflege, für das Stopfen von Pensionsdefiziten etc.

Eine rationales Steuersystem würde eine Vereinheitlichung von Sozialversicherungsbeiträgen und Einkommensteuer im Rahmen eines integrierten Tarifs erfordern und dann eine Kurve, die bei geringen Einkommen niedriger ist als heute (diese würde der zunehmenden Spreizung der Marktlöhne entgegenwirken). Die Begünstigung des 13. und 14. Gehalts sollte in dieses neue Schema eingearbeitet sein (da es eine geringere Gesamtbelastung des Faktors Arbeit geben sollte, wirkt dies nicht als Erhöhung, sondern als Senkung der Einkommensbesteuerung). Die Grundsteuer würde jährlich angepasst, und wenn hier die Inflation der letzten zehn Jahre eingerechnet wird, bringt das auch einen Basiseffekt. Umweltsteuern und Besteuerung von Tabak und anderen gesellschaftlich unerwünschten Aktivitäten sowie von Erbschaften können erhöht werden, Schlupflöcher und Ausnahmen (etwa für energieintensive Firmen) können gestrichen werden, Vereinfachungen sollen administrative Kosten senken. Alle diese Vorschläge liegen schon lange auf dem Tisch, die jeweiligen Partikularinteressen (einer bestimmten Sozialversicherung, einer Berufsgruppe) haben eine Reform verhindert.

11. *Bund-Länder-Kompetenzen*

Die Regelung der Aufgabenteilung zwischen Gebietskörperschaften ist durch eine Vielzahl von Transfers, oft schwer verständliche Verhandlungen in und außerhalb des Finanzausgleichs sowie eine unnötige und ineffiziente/kostenintensive Komplexität gekennzeichnet. Auffälligste Ineffizienz ist die Trennung von Bestellern und Bezählern im Schulsystem (Pflichtschulen), die Zersplitterung der Finanzierung im Gesundheitsbereich sowie die weitgehende Nicht-Einhebung von Steuern durch Länder und Gemeinden (und die korrespondierende Transferabhängigkeit der Länder innerhalb eines intransparenten Transfergeflechts).

Generell gibt es (i) eine "prinzipielle" Arbeitsteilung durch die Verfassung (Bundes- und Landeskompetenz, teilweise getrennt in Gesetzgebung und Vollziehung), (ii) eine Verschiebung der Arbeitsteilung zwischen nationalem und internationalem Recht durch die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft, (iii) eine periodenweise fixierte Finanzierung durch den Finanzausgleich, aber auch (iv) viele partikuläre Verhandlungen und Festlegungen innerhalb und außerhalb der Finanzausgleichsregelungen im engeren Sinn (Pflege, verpflichtendes Kindergartenjahr, Mindestsicherung, Teilung der Einnahmen aus den zur

Konsolidierung neu eingeführten Steuern). Es fehlen vertragliche Leistungsbeziehungen zwischen Bund und Landesverwaltungen, ergänzt durch "Blockgrants" des Bundes, die an die Länder unter bestimmten Auflagen und mit unterschiedlicher Höhe je nach Erfüllung der Auflagen getätigt werden, ein System, mit dem die USA z.B. den Arbeitsmarkt in ihren "Staaten" regeln. Der Bund überlässt den Ländern Anteile an den Bundessteuern, eventuell kombiniert mit einer groben Aufgabenverantwortung, aber ohne Möglichkeit, die richtige und effiziente Aufgabenerfüllung zu kontrollieren. Die Länder haben keinen Anreiz zu einer sparsamen Mittelverwendung, weil sie sich für die Finanzierung ihrer Ausgaben nicht verantworten müssen.

Länder betrachten es als unzulässige Einmischung, wenn der Bund Ziele formuliert, ein einheitliches Tierschutz- und Jugendschutzgesetz erlässt oder Grundprinzipien der Bauordnung festlegt. Rahmengesetze dieser Art bedürfen einer Sondervereinbarung mit einem de facto Vetorecht der Länder. Länder dürfen und wollen keine Steuern einheben (mit wenigen Ausnahmen). Bei der Grundsteuer gibt es unterschiedliche "Hebesätze" (bis zu max. 500%), die von den Ländern festgesetzt werden können. Da fast alle Gemeinden den maximalen Satz ausnutzen, gibt es de facto keine Variation von Kommunalsteuern im Gegenzug zu einem dokumentierten und argumentierten Bedarf an lokalen Investitionen. Gemeinden geben ihre Ausgaben oft nicht dafür aus, was am wichtigsten wäre (etwa Weiterbildung, Anpassung des Schulangebotes an Nachfrage, Gewerbeparks), sondern dafür, wo (zusätzliche) Landesmittel eingeholt werden können. Bei verringerter Kinderzahl stehen Schulräume leer, werden nicht vermietet oder für Sport-, Internet- oder Service-Zentren verwendet. Gemeindekooperationen sind selten. Bauhöfe und Freiwillige Feuerwehren haben die attraktivste Ausstattung und Lokalität, Firmengründungs- oder Jungunternehmerbüros fehlen. Haushaltsrechtsreformen, wie sie im Bereich des Bundes vorbildhaft begonnen werden, sind auch auf Landes- und Gemeindeebene notwendig.

12. *Strategie für längeres Arbeiten*

Das vorzeitige Ausscheiden aus dem Berufsleben entspricht einestteils Präferenzen von Beschäftigten, die mit ihrer Arbeit nicht zufrieden sind oder für die Freizeit einen hohen Stellenwert besitzt. Andererseits ist Frühpensionierung arbeitsmarktbedingt (z.B. nach Kündigung) bzw. wird von den Unternehmen gerne genutzt, um teure ältere ArbeitnehmerInnen durch billigere jüngere ArbeitnehmerInnen zu ersetzen, sie wird drittens durch Anreize im Pensionssystem unterstützt und ist viertens durch das frühere gesetzliche Pensionsalter von Frauen bedingt. Es ist ökonomisch notwendig, dass die Berufstätigkeit verlängert wird, da sonst eine immer größere Pensionslast von einer verringerten Zahl der Erwerbstätigen (und der Erwerbszeit) finanziert werden muss.

In Österreich steigt die Bevölkerung bis 2050 in Richtung 9,5 bis 10 Millionen, die Zahl der Personen im heute als erwerbsfähig betrachteten Alter sinkt etwa ab 2020 (und dies bei relativ hoher Zuwanderung von 30.000 pro Jahr). Allerdings steigt auch schon die Zahl jener, die bereit wären länger zu arbeiten, aber vom Dienstgeber mit Eintritt des Pensionsalters

gekündigt werden, weil dies ein gesetzlich erlaubter Kündigungstermin für ältere ArbeitnehmerInnen ist, oder die schon vorher in die Frühpension gedrängt werden. Aus Firmensicht ist die Kündigung "sinnvoll", weil die Gehälter für ältere Personen sehr viel höher liegen (oft mehr als das Doppelte) als für Neueinsteiger. Generell verlangt die Alterung der Bevölkerung eine längere Erwerbsdauer, für diese Gruppe muss es aber auch Arbeitsplätze geben und Arbeiten, die der Altersgruppe entsprechen (weniger manuelle Anstrengung). Neben der Anhebung des Pensionsantrittsalters ist eine Abflachung der Einkommenskurve und eine Flexibilisierung sinnvoll. Jene, die arbeiten wollen, sollen es tun können, andere sollen Abschlüsse in Kauf nehmen, Teilzeitarbeit (und Teilzeitpension) soll in höherem Ausmaß möglich sein in allen Varianten (Tagesarbeitszeit, Tage pro Woche, jahreszeitliche Blöcke). Eine Teilzeitpension wäre eine alternative Flexibilisierung.

13. *Arbeitslosigkeit und Einkommensverteilung*

Die Arbeitslosigkeit ist in zunehmendem Ausmaß auf Unterschiede zwischen den angebotenen und nachgefragten Qualifikationen zurückzuführen (Mismatch), und sie ist in extremem Ausmaß bildungsabhängig. Die Arbeitslosigkeit bei Personen ohne Schulabschluss liegt über 15%, bei Personen mit Pflichtschulabschluss beträgt sie 9%, mit Matura 5%, bei Akademikern 3%. Ein Teil der Beschäftigungsprobleme ergibt sich daraus, dass Lehrlinge Berufe ergreifen, für die es prognostizierbar zu wenige Vollzeitarbeitsplätze gibt (z. B. Friseure) und dass StudentInnen Studien wählen (z. B. Soziologie, Psychologie, Geschichte etc.), mit derselben Prognose einer geringen Chance, nach 5 Jahren einen Vollarbeitsplatz zu haben.

Ein Anheben der Qualifikation und eine gleichzeitige bessere Anpassung an die Nachfrage von Wirtschaft und Gesellschaft würde die Arbeitslosenquote senken. Besonders wirkungsvoll wären Maßnahmen im unteren Qualifikationsbereich, besonders effizient frühe Maßnahmen (Vorschule, Volksschule, Lehrbegleitung). Aus der Sicht der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wäre es auch sinnvoll, den Rückgang der Lohnquote und die zunehmende Spreizung der Gehälter zu stoppen. Die Löhne der niedrigen Gehaltsgruppen steigen seit Jahren unterdurchschnittlich, erstens durch die Technologie (die zu Gehaltssteigerungen für Hochqualifizierte führt), zweitens durch die Globalisierung (die hochwertige Arbeitsplätze in Industrieländern forciert), und drittens durch Zuwanderung und fehlenden Ausgleich von Bildungsvererbung im Inland. Die wichtigste Voraussetzung einer Erhöhung der niedrigen Löhne ist die Höherqualifikation in dieser Gruppe. Dann kann es eine "Parallelerhöhung" der Qualifikation **und** der Löhne im Niedriglohnsegment geben. Ein Anstieg der Löhne im bisherigen "Niedriglohnsegment", der höher ist als bei Durchschnittslöhnen (kombiniert mit einem Anstieg der Produktivität durch Weiterbildung), korrigiert die Einkommensverteilung und stärkt die Konsumnachfrage. Letzteres ist in einer Phase, in der Investitionen unterproportional steigen, besonders wichtig. Auch die Rückkehr zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik würde zu höherem und stabilerem Wachstum führen.

14. *Integration von MigrantInnen*

Österreich ist ein Zuwanderungsland in dem Sinn, dass erstens ein größerer Teil der Bevölkerung heute schon Migrationshintergrund hat (auch schon an der Wende des letzten Jahrhunderts) als in anderen Ländern und zweitens insofern als Österreich Zuwanderung braucht, um die sinkende Zahl der Erwerbsbevölkerung auszugleichen. Es wäre ökonomisch vorteilhaft, die Qualifikation der Zuwanderung zu erhöhen (vgl. Green Card), aber es ist jedenfalls auch notwendig, die weniger qualifizierten MigrantInnen (die aus wirtschaftlichem oder politischem Druck kommen) höher zu qualifizieren. Insbesondere ist es notwendig, ihre Kinder in das Schulsystem zu integrieren und nicht in die Sonderschule oder in die schlechtesten Schulen zu schicken.

Dies bedarf einer spezifischen Integrationspolitik von MigrantInnen, beginnend mit der Nutzung schon gegebener Qualifikation, der Freude an kultureller Vielfalt (und Nutzung der Muttersprache) und der Weiterbildung. MigrantInnen selbst müssen als Lehrer und Psychologen angestellt werden. Da die inländische Bevölkerung (mit nicht migrantischem Hintergrund) unter allen Umständen den eigenen Kindern Maturaniveau nahelegt, werden die Facharbeiter von morgen (falls sie nicht auch besser ins Schulsystem integriert werden und Lehre mit Matura die Norm wird) aus MigrantInnen zweiter Generation bestehen.

15. *Strategie der aktiven Erweiterung: Nachbarschaftspolitik*

Österreich hat von der EU-Integration, der Ostöffnung und Osterweiterung extrem profitiert. Länder, die sich öffnen, haben einen rascheren technischen Fortschritt, konzentrieren sich auf höherwertige Produkte, produzieren günstiger. Allerdings muss es begleitende Wirtschaftspolitik und Abfederung der Kosten der Veränderung geben (Qualifikation, Sozialsystem, Forschungsförderung). Der Vorteil der Ostöffnung wird in Zukunft geringer, das Einkommensgefälle sinkt, die Exportmärkte werden auch von anderen Ländern bearbeitet. Gleichzeitig werden neue Ländergruppen – vom Balkan bis zur Schwarzmeerregion und nun auch der arabische Raum – "Nachbarn" der EU, aber auch Österreichs. Österreich kann und muss diese Chance nutzen, auf diesen neuen dynamischen Märkten eine ähnliche Vorreiterrolle zu spielen wie bei der Ostöffnung. Das wird nicht in allen Ländern möglich sein und nicht in allen Politikbereichen. Sicher möglich ist es im Bereich der Umwelttechnologie, dem Finanzwesen, der Energiezusammenarbeit. Es sollte auch möglich sein, die besten Köpfe dieser Regionen wenigstens zeitweise zur Ausbildung nach Österreich zu holen, beginnend vom Lehrlingssektor bis zu den Universitäten. „Hayek-Stipendien“ sollten - nach Vorbild der US-Fulbright-Grants nach dem 2. Weltkrieg - exzellente StudentInnen aus den neuen EU-Ländern, dem Balkan, der Schwarzmeerregion und Nordafrika befristet nach Österreich bringen. Bleibt ein Teil der Eingeladenen in Österreich, so steigt die Zahl der besonders Qualifizierten, bleiben sie nicht, sind sie unschätzbare Botschafter und Vermittler von Kontakten. Diese aktive wirtschaftlich/politische Nachbarschaftspolitik kann und soll nicht Exporte und Investitionen in China und Indien verhindern, im "Nachbarschaftsgürtel" (vom Schwarzmeer über den Balkan bis in die arabischen Länder) hat Österreich jedoch einen größeren Startvorteil. Abschottung und Angst vor Konkurrenz oder anderen Kulturen wäre hier auch ein wirtschaftlicher Fehler.

6. Pakt und Vision

Geld für Zukunftsausgaben muss es auch in einer Konsolidierungsphase geben. Diese dauert mindestens bis 2015, wahrscheinlich bis 2020, da mit den bisherigen Konsolidierungsbemühungen nur der Schuldenstand stabilisiert, nicht aber gesenkt wird. Die einzige Möglichkeit zur weiteren Dotierung von Zukunftsausgaben ist der Abbau bzw. die Effizienzsteigerung von alten Aufgaben.

Die Bilanz 2025 wird für Österreich negativer als heute ausfallen, wenn nicht Reformen, neue Strukturen und eine neue Lastenverteilung erreicht werden können. Andererseits hätte Österreich auch die Voraussetzung, 2025 gemeinsam mit Schweden, Dänemark und Finnland ein Musterbeispiel für ein eigenständiges europäisches Modell zu sein: mit hohem Einkommen, mehr Stabilität, modernere Absicherung und gleichzeitig Vorreiter in der Ökologie.

Die 15 genannten Reformfelder machen Österreich konkurrenzfähig für 2025. Ihre Umsetzung erfordert den Verzicht auf bisherige Vorteile und Privilegien, und die Erträge sind nicht für alle Berufs- und Altersgruppen unmittelbar sichtbar. Gleichzeitig Arbeitslosigkeit und Budgetdefizite zu senken und noch genügend Geld für Kinderbetreuung, ein neues Schulwesen, für Forschung, neue Technologien und Pflege zu finden, bedarf einer ausgefeilten Strategie.

Komplexe Strategien sind nur durchsetzbar, wenn sie gemeinsam vereinbart werden, wenn sie gut kommuniziert und als gerecht empfunden werden und wenn ihre Verfolgung über einen längeren Zeitraum gesichert ist. Österreich war in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zumindest schon dreimal mit komplexen glaubwürdigen Wirtschaftsstrategien erfolgreich. Die Preis- und Lohnabkommen nach dem 2. Weltkrieg haben einerseits die Inflation beseitigt, andererseits eine hohe wirtschaftliche Dynamik erzeugt. Die Hartwährungspolitik der achtziger Jahre hat wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit mit steigender Wohlfahrt und massiven Investitionen in die Infrastruktur ermöglicht und Österreich aus einem Nachzügler zu einem Vorreiter mit hohem Pro-Kopf-Einkommen in Europa gemacht. In den neunziger Jahren wurden die Voraussetzungen zum EU-Beitritt geschaffen, indem Budgetkonsolidierung ohne Wachstumsverlust und mit sozialer Balance erreicht wurde.

Diese Strategie bedarf eines gezielten Konsenses mindestens zwischen den Regierungsparteien, jedenfalls mit Ländern und Gemeinden und Sozialpartnern.

Ein Zukunftspakt für 2025 könnte folgende Elemente beinhalten:

- Bestausgebildete Bevölkerung, keine Genderdifferenzen und Bildungsvererbung,
- Exzellenter Wirtschaftsstandort, besonders Unternehmen mit Forschungszentralen;
- Geringste Armutsquote in Europa;
- Höchste Umweltstandards, Vorreiterposition;
- Integration von MigrantInnen als Chance für Vielfalt;
- Musterbeispiel für ein neues europäisches Wachstumsmodell mit hohem Einkommen, Stabilität, moderner Absicherung.

Literaturhinweise

- Aiginger, K., The Current Economic Crisis: Causes, Cures and Consequences, WIFO Working Paper No 341/2009, <http://www.wifo.ac.at/aiginger/crisis/>
- Aiginger, K., Sind gerechte Gesellschaften gesünder? Die Bedeutung von Wachstum, Bildung, Verteilung für die Gesundheit, Vortrag 4. Sozialstaatsenquete des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger, Wien, 5. 11. 2010, WIFO-Vortrag 110/2010.
- Aiginger, K., Geht uns die Arbeit aus? Keynote Lecture Alpbacher Reformgespräche, Europäisches Forum Alpbach 2010, 23. August 2010, WIFO-Vorträge No. 108/2010.
- Aiginger, K., Böheim, M., Budimir, K., Gruber, N., Pitlik, H., Schratzenstaller, M., Walterskirchen, E., Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich, WIFO-Monographien, 2/2010.
- Aiginger, K., Ederer, St., Prammer, J., Sieber, S., Österreichs außenwirtschaftliche Beziehungen zur Schwarzmeerregion und deren wirtschaftliche Perspektiven, WIFO-Monographien, 6/2010.
- Aiginger, K., Falk, R., Reinstaller, A., Evaluation of Government Funding in RTDI from a Systems Perspective in Austria. Synthesis Report, WIFO-Monographien, 8/2009.
- Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E., Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, WIFO Weißbuch, 2006.
- Bock-Schappelwein, J., Bremberger, C., Huber, P., Zuwanderung von Hochqualifizierten nach Österreich. Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung im Rahmen des Österreichischen Forschungsdialogs, Wien, 2008.
- Eppel, R., Leoni, T., New social risk affecting children, Momentum, WIFO, 2010.
- Gruber, N., Pitlik, H., Walterskirchen, E., "Erfolgsfaktoren der Budgetkonsolidierung im internationalen Vergleich", WIFO-Monatsberichte, 2010, 83(3).
- Guger, A. (Projektleitung), Agwi, M., Buxbaum, A., Festl, E., Knittler, K., Halsmayer, V., Pitlik, H., Sturn, S., Wüger, M., Umverteilung durch den Staat in Österreich, WIFO-Monographien, 23.09.2009 9:00
- Heckman, J., Schools, Skills, Synapses. Economic Inquiry 46, 2008, S. 289-324.
- Janger, J. (Koord.), Böheim, M., Falk, M., Falk, R., Hölzl, W., Kletzan-Slamanig, D., Peneder, M., Reinstaller, A., Unterlass, F., Forschungs- und Innovationspolitik nach der Krise. WIFO-Positionspapier zur FTI-Strategie 2020, WIFO-Monographien, 8/2010.
- Janger, J., Pechar, H., Organisatorische Rahmenbedingungen für die Entstehung und Nachhaltigkeit wissenschaftlicher Qualität an Österreichs Universitäten. Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung im Rahmen des Österreichischen Forschungsdialogs, Wien, 2010.
- Janger, J., Reinstaller, A., Innovation: Anreize, Inputfaktoren und Output im Spiegel der österreichischen Wirtschaftsstruktur. WIFO Monatsberichte 8/2009, S. 603-617.
- Pitlik, H., Budimir, K., Gruber, N., Optionen einer ausgabenseitigen Budgetkonsolidierung, WIFO-Monatsberichte, 3/2010, pp. 247-267.
- Reinstaller, A., Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Breitbandnetzwerken. Die Situation in Österreich und ein Vergleich wirtschaftspolitischer Handlungsoptionen. WIFO-Vorträge, 109/2010, [http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=VT_2010_109\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/wwa/downloadController/displayDbDoc.htm?item=VT_2010_109$.PDF)
- Reinstaller, A., Unterlass, F., Sectoral Innovation Modes and the State of Economic Development: Implications for Innovation Policy in the New Member States. In: Radosevic S., Kaderabkova, A. (eds.). The Challenge for European Innovation Policy: Cohesion and Excellence viewed from a Schumpeterian Perspective. Aldershot: Edward Elgar Publ., 2011.

Anhang:

Reformagenda für Österreich

1. *Vorschule, Kinderbetreuung*
2. *Schulreformen*
3. *Universitätsreformen: Finanzierung und Effizienz*
4. *Frontstrategie im Forschungsbereich dotieren und umsetzen*
5. *Von kurativem zu präventivem Gesundheitssystem*
6. *Innovative Vorreiterstrategie im Umweltbereich*
7. *Einsatz von Anreizmechanismen zur Erzielung gesellschaftlicher Ziele*
8. *Harmonisierung und Anreize im Pensionssystem*
9. *Durchforstung der Wirtschaftsförderung und Fokussierung der Infrastrukturinvestitionen Qualität*
10. *Reform des Abgabensystems*
11. *Bund-Länder-Kompetenzen*
12. *Strategie für längeres Arbeiten*
13. *Arbeitslosigkeit und Einkommensverteilung*
14. *Integration von MigrantInnen*
15. *Strategie der aktiven Erweiterung: Nachbarschaftspolitik*